



Inhalt Juni 2014

Seite 1

**„WIR SIND VERSCHIEDEN.
ABER WIR GEHÖREN ZUSAMMEN.“**

Ein Fest in der Kölner Keupstraße:
Birlikte – Zusammenstehen

Seite 2

**INTERNATIONALE WOCHE
GEGEN RASSISMUS**

Gemeinnützige Stiftung als künftiger
Veranstalter

KONGRESS-BESCHLÜSSE

DGB zu Migrations- und
Antirassismuspolitik

Seite 3

EIN BEGRÜSSENDER TREND

Anonymisierte Bewerbungen breiten
sich aus

**HANDLUNGSPROGRAMM
GEGEN RECHTS**

Beispielhafte Initiative aus
Franken / Oberpfalz

**32.000 TEILE PROBEN DEN
ZUSAMMENHALT**

Puzzle-Aktion von Rostocker Azubis
gegen Hass und Gewalt

Seite 4

AKTIONSTAG IM SEPTEMBER

Initiative der ADS gegen Rassismus

BROSCHÜRE DES MONATS

Wahrnehmung schärfen

NEUE FÖRDERMITGLIEDER

**„WIR SIND VERSCHIEDEN.
ABER WIR GEHÖREN ZUSAMMEN.“**

Ein Fest in der Kölner Keupstraße: Birlikte – Zusammenstehen



Am Stand der Kölner Gewerkschaften

Zehn Jahre nach dem Nagelbombe-
nattentat mit 22 zum Teil schwer-
verletzten Menschen mit Migrati-
onshintergrund in der Keupstraße in
Köln-Mülheim sind Zorn und Scham
angebracht, Zorn und Scham da-
rüber, dass solche Taten in dieser
Gesellschaft möglich sind und dass
die Ermittlungsbehörden und auch
Spitzenpolitiker einen rechtsradikalen
Hintergrund ausschlossen und statt
dessen unter den Opfern nach Tätern
suchten. Ende 2011 wurde klar, dass
das Verbrechen höchstwahrscheinlich
auf das Konto des NSU-Trios geht.
Dies ist nun auch Teil der An-
klage im NSU-Prozess.
Die Betroffenen aus dem Kölner Vor-
ort haben zum Jahrestag trotz nach
wie vor offener Wunden weniger das
thematisiert, sondern gemeinsam
mit einem riesigen Unterstützerkreis
nach Wegen gesucht, solche Taten zu
verhindern. Einer dieser Wege heißt
Birlikte – auf Deutsch: Zusammen-
stehen. Und Zusammenstehen heißt
auch gemeinsam ein Fest veranstal-
ten. Das fand am Pfingstwochenen-
de vor Ort in der Keupstraße statt.
Die Botschaft, die von dem Fest
ausging, brachte Bundespräsident

Joachim Gauck auf den Punkt: „Wir
zeigen, wie wir in unserem Land leben
wollen: respektvoll und friedlich. Wir
sind verschieden. Aber wir gehören
zusammen. Und wir stehen zusam-
men, um allen, die von fremdenfeind-
licher Gewalt bedroht sind, zu sagen:
Ihr seid nicht allein.“ Und an Rechts-
extreme und Rassisten gerichtet sagte
er: „Euer Hass ist unser Ansporn“.
Neben Politikerinnen und Politikern
und einem Großaufgebot von Künst-
lerinnen und Künstlern waren auch
die Gewerkschaften Teil des Festes.
Vor allem die IG Metall hatte sich
bereits an den Vorbereitungen stark
engagiert. Jürgen Kerner, Hauptkas-
sierer und geschäftsführendes Vor-
standsmitglied der IG Metall: „Nie-
mand kann das Leid mildern, das die
rechtsterroristische Mörderbande der
NSU über Familien gebracht hat. Aber
wir alle stehen in der Verantwortung,
entschieden gegen Neonazis und
Rassismus zu handeln. Im Gedenken
an die und in Solidarität mit den An-
schlagsopfern müssen wir gegen Dis-
kriminierung und Ausgrenzung kämp-
fen, für eine gerechte und solidarische
Gesellschaft.“

Seine Vorstandskollegin, Christiane
Benner, ergänzte mit Blick auf die
zahlreichen Betriebsräte und 300.000
Mitglieder mit Migrationshintergrund,
dass die IG Metall für Willkommens-
kultur, Demokratie und Solidarität in
Betrieb und Gesellschaft stehe: „Des-
halb ist die Unterstützung von Birlikte
– Zusammenstehen eine Herzensan-
gelegenheit für die IG Metall.“
Giovanni Pollice, Vorsitzender des
Kumpelvereins wünschte der Veran-
staltung viel Erfolg. „Fremdenfeind-
lichkeit und Rassismus sind längst
keine Artikulationsform der ‚rechten
Ränder‘ unserer Gesellschaft mehr,
sondern ein ‚Phänomen‘ in der Mitte
der Gesellschaft, aus dem die extreme
und gewalttätige Rechte ihre Legiti-
mation und ideologischen Versatz-
stücke bezieht. Diesem ‚Phänomen‘
kann nach unserer Auffassung nur
in der Intensivierung aller Formen
der politischen Aufklärungs- und Bil-
dungsarbeit (insbesondere in Schulen
und Jugendgruppen) und forcierter
Unterstützung antirassistischer Initia-
tiven entgegen getreten werden“, so
Pollice an die Organisatorinnen und
Organisatoren.



INTERNATIONALE WOCHEN GEGEN RASSISMUS

Gemeinnützige Stiftung als künftiger Veranstalter

Die jährlich stattfindenden „Internationalen Wochen gegen Rassismus“ werden künftig von einer eigenständigen gemeinnützigen Stiftung veranstaltet. Die „Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus“ wurde unlängst in Darmstadt gegründet und am 6. Mai 2014 vom dortigen Regierungspräsidenten anerkannt.

Der Anstoß für die Stiftung kam vom früheren Vorsitzenden des Deutschen Fußballbunds, Theo Zwanziger, der auch schon die Schirmherrschaft für die Wochen gegen Rassismus übernommen hatte. Neben Zwanziger sind als Gründungstifter beteiligt: der DGB, die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau, der Förderverein Pro Asyl und der Interkulturelle Rat in Deutschland.

Die „Internationalen Wochen gegen Rassismus“ finden jeweils im März statt. Beteiligt sind unter anderem Schulen, Vereine, Gewerkschaften, Betriebe, Kommunen und andere Gruppen. In den letzten Jahren beteiligten sich in jedem

Jahr mehr als 100.000 Menschen an den Aktionen.

Die Stiftung plant und koordiniert künftig die Wochen und fördert darüber hinaus Modellprojekte zur Überwindung von Rassismus und Ausgrenzung von Minderheiten. Dass ein solches Engagement dringend erforderlich ist und deutlich gestärkt werden muss, haben die Wahlen zum Europäischen Parlament gezeigt. Theo Zwanziger, der auch Vorsitzender des Stiftungsrats ist: „Wir müssen den Rassisten und Populisten in dieser Gesellschaft laut widersprechen. Dazu braucht es langen Atem und starke Strukturen. Deshalb habe ich ganz bewusst den Anstoß für die neue Stiftung gegeben.“

Neben Theo Zwanziger gehören zum Stiftungsrat die Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth und Giovanni Pollice, Abteilungsleiter bei der Hauptverwaltung der IG BCE und Vorsitzender des Kumpelvereins. Geschäftsführender Vorstand ist Jürgen Micksch vom Interkulturellen Rat in Deutschland. Claudia

Roth begründete ihre Beteiligung so: „Die Internationalen Wochen gegen Rassismus leisten seit Jahren hervorragende Arbeit, sie klären auf, bringen Menschen zusammen, geben Opfern von Rassismus eine Stimme. Genau das ist es, was es im Kampf gegen rechts braucht. Deshalb freue ich mich sehr, im Stiftungsrat an dieser großartigen Aufgabe mitarbeiten zu dürfen.“ Giovanni Pollice: „Wir müssen vor allem die Prävention gegen Rassismus und Rechtsextremismus noch mehr voranbringen. Besonders junge Menschen, die schlechte berufliche Perspektiven haben, sind anfällig für rechte Einflüsterungen – da müssen wir ansetzen. Die Internationalen Wochen gegen Rassismus tun genau das. Sie erreichen die Menschen dort, wo sie leben, in Gemeinden, Betrieben und Vereinen. Die Stiftung gibt dieser Arbeit jetzt ein dauerhaftes Fundament“. Gewerkschaften und Betriebsräte sind seit langem mit Veranstaltungen bei den Internationalen Wochen mit vertreten. So gehören die

Eine starke Bewegung gegen Rassismus

Die Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus

IG BCE und die IG Metall auch zu den Förderern der Wochen. Von daher ist die Beteiligung des DGB an der Stiftungsgründung ein logischer Schritt.

Die nächsten Internationalen Wochen gegen Rassismus finden vom 16. bis 29. März 2015 statt. Informationen finden sich unter:

www.internationale-wochen-gegen-rassismus.de

KONGRESS-BESCHLÜSSE

DGB zu Migrations- und Antirassismuspolitik

Der 20. Ordentliche Bundeskongress des DGB, der vom 11. bis zum 16. Mai 2014 in Berlin tagte, hat eine Reihe von Beschlüssen zur Migrations-, Flüchtlings- und Antirassismuspolitik gefasst. Die DGB-Bundesvorstandsverwaltung hat jetzt einen Überblick der entsprechenden Beschlüsse zusammengestellt und deren Wortlaut veröffentlicht.

Im ersten Teil geht es um Migrations- und Flüchtlingspolitik. Grundlegend fordert der DGB die Aufnahme einer größeren Zahl von Flüchtlingen in Deutschland und fordert die EU und ihre Mitgliedsstaaten auf, „Schutzsuchenden eine gefahrenfreie Einreise in die EU zu ermöglichen“.

Daneben sollte aus Sicht der Gewerkschaften die Asylzuständigkeit dahin gehend geändert werden, dass der Staat für ein Asylverfahren zuständig sein soll, in dem der Asylsuchende seinen Antrag stellen möchte. Mögliche Ungleichgewichte zwischen den Staaten sollten gerecht ausgeglichen werden.

Bei der Arbeitsmigration fordert der DGB eine EU-weite Politik, da eine

nationale Gestaltung der Zuwanderung von Erwerbstätigen angesichts zunehmender Europäisierung der Arbeitsmärkte zum Scheitern verurteilt ist.

Die Integration derjenigen, die zugewandert sind, sieht der DGB als „eine gesellschaftliche Herausforderung, der sich Zuwanderer wie Einheimische stellen müssen. Ängste und Vorurteile müssen ernstgenommen, Populismus und Rassismus muss entschieden widersprochen werden.“

Eine entscheidende Voraussetzung ist für den DGB eine interkulturelle Öffnung in allen Bereichen der Gesellschaft. Konkrete Schritte zu einer erfolgreichen Integration sind etwa eine Verbesserung der Bildungschancen für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund oder auch die Verbesserung der Regelungen zur Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen, etwa durch ein Anrecht auf Nach- oder Ergänzungsqualifizierung.

Beim Staatsangehörigkeitsrecht begrüßt der DGB die im Koalitionsvertrag vereinbarte Aufhebung des

Optionszwangs und warnt vor einer Aufweichung durch Verschärfung der Anforderungen.

Bei der politischen Partizipation fordert der DGB die Einführung eines Wahlrechts mindestens auf der kommunalen Ebene für ausländische Staatsangehörige in Deutschland und die dafür erforderliche Veränderung des Artikels 28 des Grundgesetzes ein.

Der zweite Teil der Dokumentation der Kongress-Beschlüsse befasst sich mit dem Themenfeld Antirassismuspolitik. Im Mittelpunkt steht da der einstimmig beschlossene Leitantrag „Rechtsextremismus bekämpfen, Rassismus überwinden, Antirassismusarbeit verstärken“. (siehe „aktiv + gleichberechtigt“ Mai 2014).

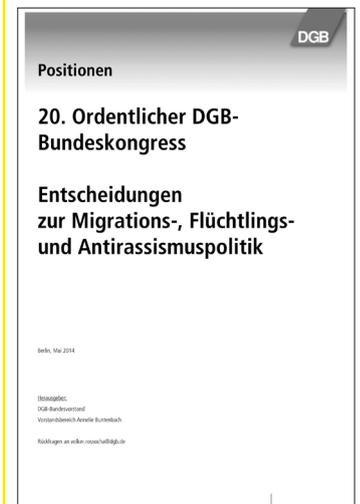
In einer Satzungsänderung wurde der § 2 neu gefasst, um den Begriff Rasse zu vermeiden. Er lautet jetzt: „Der Bund und die in ihm vertretenen Gewerkschaften (...)

- werden aktiv Diskriminierung in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft aus Gründen des Geschlechts, rassistischer Zuschreibungen, der ethnischen Herkunft, der Religion oder

der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung bekämpfen;“.

Die Zusammenstellung der Kongress-Beschlüsse steht im Netz unter:

http://www.gelbehand.de/data/20_obk_beschlusse_mia20140523_2.pdf



EIN BEGRÜSSENSWERTER TREND

Anonymisierte Bewerbungen breiten sich aus

Bewerbungsverfahren, die das Ziel verfolgen, Diskriminierung zu verhindern, breiten sich allmählich aus. Als erste Hochschule in Deutschland hat die Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) Ende Mai 2014 begonnen, anonymisierte Bewerbungen zu erproben. Namen, Alter, Geschlecht oder Nationalität werden bei der Bewerbung nicht angegeben. Die Viadrina möchte damit erreichen, „die Auswahlverfahren garantiert diskriminierungsfrei zu gestalten und jeder Bewerberin und jedem Bewerber die gleiche Chance auf eine Einstellung zu ermöglichen“ – so Viadrina-Präsident Dr. Gunter Pleuger zum Auftakt des Projekts. Die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS), Christine Lüders, bezeichnete die Frankfurter Universität als „Vorreiterin in Sachen Antidiskriminierung“. Dass anonymisierte Bewer-

bungen nun erstmals auch an einer Hochschule angewendet würden, zeige die vielfältige Einsetzbarkeit des Verfahrens.

Die ADS hatte die Initiative zu anonymisierten Bewerbungsverfahren gestartet und im Jahr 2012 ein Pilotprojekt durchgeführt. Beteiligt waren seinerzeit: Deutsche Post, Deutsche Telekom, L'Oréal, Mydays, Procter & Gamble, das Bundesfamilienministerium, die Bundesagentur für Arbeit in Nordrhein-Westfalen und die Stadtverwaltung Celle.

In traditionellen Bewerbungsverfahren werden Menschen mit Migrationshintergrund oder Behinderung, Frauen oder ältere Menschen nachweislich benachteiligt. Sie haben deutlich schlechtere Chancen, zu einem Bewerbungsgespräch eingeladen zu werden. Ein wirksames Mittel dagegen sind

anonymisierte Bewerbungsverfahren.

Inzwischen testen auch neun Bundesländer derzeit anonymisierte Bewerbungsverfahren oder haben entsprechende Pilotprojekte angekündigt. Über die Erfahrungen mit diesem Vorgehen in Baden-Württemberg berichtete auf der Recklinghäuser Tagung der IG BCE im Dezember letzten Jahres Bilkay Önay, baden-württembergische Ministerin für Integration.

Die grün-rote Landesregierung hat ein Projekt gestartet, um Unternehmen zu ermuntern, über alternative Bewerbungsverfahren nachzudenken und sie auch einzusetzen. Ein Unternehmen, das anonymisierte Bewerbungsverfahren getestet hat, ist der Stuttgarter Transformatoren-Hersteller Bürkle + Schöck. Die Erfahrungen waren positiv und es soll bei diesem Vorgehen bleiben.

Es gibt freilich auch gegenteilige Entwicklungen. Die niedersächsische Landeshauptstadt Hannover hat gerade anonymisierte Bewerbungsverfahren, die in einem Pilotprojekt ausprobiert wurden, wieder eingestellt. An der Haltung der niedersächsischen Landesregierung ändert das nichts. Sie bereitet gerade ein im Koalitionsvertrag festgeschriebenes Projekt zur anonymisierten Bewerbung vor.

Wie ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren im Detail aussehen kann und welche Erfahrungen Kolleginnen und Kollegen gemacht haben, kann in der Tagungsdokumentation des Kumpelvereins „Gleichbehandlung und Antirassismus in Betrieb und Verwaltung“ aus 2012 nachgelesen werden. Die Publikation steht im Netz unter: http://www.gelbe-hand.de/data/dokumentation_tagung_14.12.2012.pdf

HANDLUNGSPROGRAMM GEGEN RECHTS

Beispielhafte Initiative aus Franken / Oberpfalz

Was haben der 1. FC Nürnberg, der DGB Region Mittelfranken und der Verband Christlicher Pfadfinderinnen und Pfadfinder gemeinsam? Ganz einfach: Sie gehören zu einer großen Gruppe von Organisationen und Verbänden, die sich in der Region Franken/ Oberpfalz zur „Allianz gegen Rechtsextremismus“ zusammengeschlossen haben.

Dieses Bündnis hat jetzt ein neues Handlungsprogramm veröffentlicht, das nicht nur moralische Begrün-

dungen für den Widerstand gegen Rechtsextremismus liefert, sondern auch viele konkrete Handlungsempfehlungen auf insgesamt zwölf Feldern gibt. Das sind ganz unterschiedliche Bereiche, darunter Öffentlichkeit, außerschulische Bildung, Versammlungsrecht, Immobilien.

Ein zentrales Handlungsfeld ist Kooperation. Hier sollten Runde Tische zum Thema organisiert werden, an denen alle gesellschaftlich relevanten Kräfte beteiligt sind, darunter die Ge-

werkschaften. Solche Runde Tische müssen die Arbeit auf kommunaler Ebene koordinieren und das Thema Rechtsextremismus stetig in den öffentlichen Diskurs einbringen.

Die Gewerkschaften sind auch im Handlungsfeld Wirtschaft gefordert. Hier schlägt das Handlungsprogramm zum Beispiel Weiterbildungsmaßnahmen zum Thema Recht in den Betrieben vor, an denen Betriebsräte und Gewerkschaften beteiligt sind.

Die Kooperation von Gebietskörperschaften und Zivilgesellschaft auf Augenhöhe – so Siegfried Balleis, Oberbürgermeister von Erlangen und Ratsvorsitzender der Metropolregion Nürnberg – sei in dieser Form einzigartig. Das heißt sicherlich auch, dass andere Regionen davon lernen können.

Das Handlungsprogramm steht im Internet unter:

www.allianz-gegen-rechtsextremismus.de

32.000 TEILE PROBEN DEN ZUSAMMENHALT

Puzzle-Aktion von Rostocker Azubis gegen Hass und Gewalt

Acht Auszubildende der Bahn AG in Rostock haben zu Beginn des Jahres überlegt, mit welcher Aktion sie sich an dem Wettbewerb Bahn-Azubis gegen Hass und Gewalt beteiligen können. Ein Ergebnis der Diskussion: Das Wichtigste, mit dem man Hass und Gewalt begegnen kann, ist Zusammenhalt. Und Zusammenhalt wird von vielen einzelnen Teilen hergestellt. Und dann war die Idee nicht mehr weit: ein Puzzle.

Nun ist ein Puzzle zusammengesetzt – es sei denn, man knöpft sich das größte Puzzle der Welt vor. Das ist 5,44 Meter lang und 1,92 Meter

hoch. Und es besteht aus 32.000 Teilen. Motive auf dem Puzzle sind Zeichnungen des US-amerikanischen Künstlers Keith Haring, der es – wenn man so will – mit Graffiti-Kunst in die Museen schaffte. Haring starb 1990 an Aids.

Das Puzzle wurde in mühevoller Kleinarbeit zusammengesetzt und am 26. April 2014 in Rostock der Öffentlichkeit vorgestellt. Das war aber nicht das Ende, sondern eher ein Neustart. Die Azubis beschlossen nämlich, aus dem großen Puzzle 32 Einzelmotive zu machen und sie an unterschiedlichen Standorten der Bahn zu zeigen.

Die Aktion wurde und wird – sie läuft nämlich noch – auf Facebook begleitet. Und da die Aktion natürlich Geld kostet, haben die Azubis einen Pakt mit der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) geschlossen. Die EVG bezahlt, wenn die Facebook-Seite 1000 Mal „ge-

liked“ wird – also mit „gefällt mir“ versehen. Die 1000er Marke war nach einiger Zeit geknackt.

Wie es weiter geht kann man hier finden: <https://www.facebook.com/dbfireflys>



AKTIONSTAG IM SEPTEMBER

Initiative der ADS gegen Rassismus

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) hat für den 18. September 2014 zu einem bundesweiten Aktionstag gegen Rassismus aufgerufen. Der Tag findet im Rahmen des Themenjahrs gegen Rassismus statt, das von der ADS unter dem Motto „Gleiche Chancen. Immer.“ veranstaltet wird. Dabei wird auf den alltäglichen Rassismus in Deutschland aufmerksam gemacht und Menschen über ihr Recht auf Schutz vor Diskriminierung informiert.

Die ADS ruft dazu auf, sich an dem Aktionstag zu beteiligen. Noch bis zum 1. Juli 2014 können Ideen für Aktionen eingereicht werden. Zehn Projekte werden finanziell gefördert. Die Ausschreibung kann hier eingesehen werden:

http://www.bund.de/SiteGlobals/Functions/anlage/anlageGenericJSP;jsessionid=42749DBFDB-5524D63CE39E2B6DA37DF3.1_cid385?docId=954528&view=renderAnlage&contentId=5237794

Neue Fördermitglieder

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch in den letzten Wochen konnte der Verein „*Mach meinen Kumpel nicht an!*“ neue Fördermitglieder gewinnen. Unter anderem auch **Detlef Ahting**, ver.di, Landesbezirksleiter, **Michael Bachmann**, IG BCE, BR-Vorsitzender, **Katharina Clay**, IG BCE, Landesbezirksleiterin, **Frank Gottselig**, IG BCE, BR-Vorsitzender, **Renate Hold**, IG BCE, BR-Vorsitzende, **Andrea Kocsis**, ver.di, stellvertretende Vorsitzende, **Frank Löllgen**, IG BCE, Landesbezirksleiter, **Oliver Malchow**, GdP, Vorsitzender, **Karl Heinz Weber**, IG Metall, GBR – Vorsitzender. An dieser Stelle heißen wir alle herzlich Willkommen und bedanken uns sehr für ihre Unterstützung.

Nachfolgend die Namen:

- Detlef Ahting**, ver.di, Landesbezirksleiter Niedersachsen-Bremen, Hannover
- Hajrudin Alihodžić**, Hannover
- Michael Bachmann**, IG BCE, BR-Vorsitzender Fa. Rockwood Lithium, Langelsheim, ehrenamtliches Hauptvorstandsmitglied
- Andreas Botsch**, GEW, Gewerkschaftssekretär beim DGB Bundesvorstand, Berlin
- Manfred Brinkmann**, GEW, Referent für Internationales beim HV, Frankfurt
- Naciye Celebi-Bektas**, ver.di, Gewerkschaftssekretärin, DGB Bezirk Niedersachsen-Sachsen-Anhalt, Hannover
- Katharina Clay**, IG BCE, Landesbezirksleiterin Baden-Württemberg, Stuttgart
- Uli Dettmann**, ver.di, stellv. Landesbezirksleiter Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
- Thomas Diekmann**, IG BCE, Gewerkschaftssekretär beim HV, Hannover
- Karin Erhard**, IG BCE, Vorstandssekretärin Tarifpolitik beim Hauptvorstand, Hannover
- EVA Bildung und Beratung GmbH**, EVG, Berlin
- Frank Gottselig**, IG BCE, BR-Vorsitzender Fa. SCA Hygiene Products, Mannheim, ehrenamtliches Hauptvorstandsmitglied
- Bianca Hamann**, IG Metall, Gewerkschaftssekretärin, Verwaltungsstelle Offenburg
- Renate Hold**, IG BCE, BR-Vorsitzende Fa. Aurubis AG, Hamburg
- Johannes Jacob**, ver.di, Gewerkschaftssekretär in der Abteilung Arbeitsmarktpolitik beim DGB Bundesvorstand, Berlin
- Rolf Jaeger**, IG BCE, Referent, Dessau-Roßlau
- Konrad Klingenburg**, IG Metall, Leiter des Berliner Büros des IG Metall-Vorstandes, Berlin
- Andrea Kocsis**, ver.di, stellvertretende Vorsitzende, Berlin
- Horst Krüger**, ver.di, Vorsitzender des DGB Kreisverbandes Grafschaft Bentheim, Lingen
- Frank Löllgen**, IG BCE, Landesbezirksleiter Nordrhein, Düsseldorf
- Oliver Malchow**, GdP, Vorsitzender, Berlin
- Tomas Nieber**, IG BCE, Abteilungsleiter Wirtschafts- und Industriepolitik beim Hauptvorstand, Hannover
- Helga Nielebock**, IG Metall, Abteilungsleiterin Recht beim DGB Bundesvorstand, Berlin
- Mehrdad Payandeh Dr.**, ver.di, Abteilungsleiter Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik beim DGB Bundesvorstand, Berlin
- Markus Schlimbach**, ver.di, stellvertretender Vorsitzender DGB Sachsen, Dresden
- Ali Simsir**, IG BCE, BR Mitglied Fa. Evonik Gemeinschaftsbetrieb, Marl
- Irina Vavitsa**, IG Metall, BR Mitglied Fa. HELLA KGaA, Lippstadt. Mitglied des IG Metall Beirates
- Karl Heinz Weber**, IG Metall, GBR – Vorsitzender des DGB, Schlier
- Rita Weber**, IG BCE, Gewerkschaftssekretärin beim HV, Hannover

Um die erfolgreiche Arbeit des Vereins fortzusetzen, brauchen wir Eure finanzielle und ideale Unterstützung!

In Form einer Fördermitgliedschaft (**Mindestbeitrag 36 € im Jahr**) als auch durch eine Spende. Sowohl der Förderbeitrag als auch Spenden an den Verein können steuerlich abgesetzt werden. Selbstverständlich wird von uns eine Spendenquittung ausgestellt.

Durch die Werbung weiterer Förderer, durch das Tragen des Stickers, durch aktives Eintreten für Gleichberechtigung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

Wir sind für jeden Beitrag dankbar!

Vielen Dank

Giovanni Pollice, Vorsitzender

BROSCHÜRE DES MONATS

Wahrnehmung schärfen



Die Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt unterstützt Betroffene rechter, rassistischer oder antisemitischer Gewalt sowie Angehörige, Bekannte und Zeugen. Dazu zählen kostenlose anonyme Beratungen, Begleitung vor Gericht oder bei Behörden.

Im Rahmen dieser Arbeit entstehen Newsletter, in denen rassistische und rechtsextreme Vorfälle und Gewalttaten in Sachsen-Anhalt dokumentiert werden. Darüber hinaus gibt es Informationen über aktuelle Gerichtsurteile.

Der gerade erschienene Newsletter Nr. 45 steht unter der Überschrift „Die Wahrnehmung schärfen“. Ein Aspekt der Wahrnehmung ist die seit dem Aufdecken der Verbrechen des NSU in die Diskussion geratene Erfassung politisch rechts motivierter Gewalt. Dazu äußert sich in einem Interview der Trierer Hochschullehrer Roland Eckert.

Die erfassten Daten über rechts motivierte Straftaten – erläutert Eckert – basieren letztlich auf den Statistiken in den Polizeipräsidien. Entscheidend sind also die Ermittler vor Ort. Der NSU-Untersuchungsausschuss empfiehlt deshalb, dass Polizeibeamte Rassismus als Tatmotiv bei Gewaltta-

ten gegen Migranten und Flüchtlinge von Anfang an mitemitteln und auch dokumentieren. Daneben wird über den Ausgang abgeschlossener Gerichtsverfahren berichtet. Ein anderes Thema: Der Start einer Website gegen rechte Gewalt in Sachsen-Anhalt.

Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt (Hrsg.): Informationen der mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt. Nummer 45. Frühjahr 2014: „Die Wahrnehmung schärfen“ o.O.: 2014, 11 S. Bericht/Dokumentation, Sachinformation

Die Broschüre kann über das DGB Bildungswerk ausgeliehen werden:

www.migration-online.de/medien-verleih

Dort ist auch ein Download möglich.

Impressum:

HERAUSGEBER

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.

VORSTAND

Giovanni Pollice, IG BCE
Volker Roßbocha, DGB
Kai Venohr, DGB-Bildungswerk
Holger Vermeer, IG BAU

VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Giovanni Pollice

KOORDINATION

Dr. Klaudia Tietze

REDAKTION

Bernd Mansel
Medienbüro Arbeitswelt, Berlin

FOTOS

IG BCE, Kumpelverein

ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel.: 0211-4301 193
E-Mail: info@gelbehand.de

WEB

www.gelbehand.de
www.facebook.de/gelbehand

PRODUKTION

Setzkasten GmbH, Düsseldorf
Internet: www.setzkasten.de
Tel.: 0211/40 800 900